



Partei im Handumdrehen den Sozialismus verwirklichen könnte: Glaubte Ihr noch immer, daß die Putz- und Zerstückungsstiftliche Partei irgend etwas mit Sozialismus zu tun hat? Werdet Ihr nicht endlich einsehen, daß auf diesem Wege die Arbeiterbewegung ihrem völligen Ruin entgegengeführt werden muß?

## Sie wußten Bescheid

Das Schweizer Kommunistenblatt „Neue Ordnung“ vom 23. März veröffentlicht den Brief eines „Berliner Freundes“, der u. a. folgende beachtenswerte Geständnisse enthält: „... Die Lage hier ist ziemlich gespannt. Die Konterrevolution ist gestärkt, bis an die Zähne bewaffnet und wohlorganisiert, während das Proletariat, abgestumpft und abgekämpft, zu keiner Handlung fähig ist. Zudem fehlt eine leitfähige Partei, denn die KPD ist alles andere, als das, was in dieser Zeit notwendig ist. Es ist eine armei USPD, in verschlechterter Auflage. Die „rote Fahne“ prahlt wohl ein wenig, aber die Handlungsweise der Parteileitung steht nicht im Einklang mit der Schreibweise der Zeitung...“

Man kann auf allerlei gefaßt sein in den nächsten Tagen, aber die Arbeiter werden nur blutige Köpfe bekommen, denn die Reaktion und die Militaristen sind, wie betont, wohlorganisiert und bewaffnet. Zudem herrscht keine Kampfstimmung, sondern das Proletariat ist niedergeschlagen und apathisch, hofft immer noch auf Besserung durch die bestehende Gesellschaft. Ferner ist der Patriotismus immer noch sehr stark, ja man darf ruhig behaupten, eine neuer chauvinistischer Geist sei eingezogen in das deutsche Vaterland. Eine Ausländer- und Judenhetze sondergleichen hat eingeleitet. Anläßlich der Abstimmung in Oberschlesien ist diese chauvinistische Welle noch gestiegen. Es ist zum Kochen, wenn man die Gespräche in den Straßen, dem Tram und den Eisenbahnen hört, zu konstatieren, daß die Arbeiter nur allzu willige Instrumente dieser chauvinistischen Hetzereien werden. Wo Lage mies...“

Dieser Brief stammt, wohl gemerkt, vom 23. März. Die Kommunisten wußten also, noch bevor sie die Parole zum Generallstreik ausgaben, und zum bewaffneten Aufstand aufriefen, daß sich die Arbeiter dabei nur blutige Köpfe holen würden. Ihrer besseren Einsicht zum Trotz haben die kommunistischen Führer dennoch das Signal zum Angriff gegeben, und damit in einer Weise veranwortungsgelastet, daß auch die einsichtsvollen kommunistischen Arbeiter zu der Ueberzeugung kommen müßten, daß für derartige „Führer“ kein Platz mehr in der Arbeiterbewegung sein kann.

## Der Schrein nach Ausnahmegesetzen

Im „Berliner Tageblatt“ berichtet ein „bekannter“ Abgeordneter der deutsch-demokratischen Fraktion über angebliche Vorbereitungen, die die Kommunisten für den jetzigen Aufstand getroffen hätten. In der Nähe von Bremen habe Ende vorigen Jahres eine Konferenz stattgefunden, in der man sich mit der kommunistischen Propaganda in Westeuropa befaßt habe. Es sollten danach sechs Organisationszentren geschaffen werden und zwar eines in Paris für Frankreich, Spanien, Belgien und Holland und die besetzten deutschen Provinzen, in Berlin für Deutschland, mit Ausnahme von Ostpreußen und Oberschlesien, in Prag für Oberschlesien, Tschechoslowakei, Polen, Deutschösterreich und Rumänien, in Rom für Südamerika und eines in Adrianopel und schließlich ein skandinavisches Zentrum für die nördlichen Gebiete. Der Artikelsschreiber kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

„So spannt sich ein Netz von Verbänden über ganz Europa, um die jetzige Ordnung zu vernichten. Teils ist das Ziel ein politisches, die Räuberherrschaft nach russischem Vorbild; teils spielen neberehrliche Reigungen mit, worauf schon die Dehnung der Gefängnisse hindeutet, die eine der ersten Kampfhandlungen zu sein pflegt. Gegen einen derart planmäßigen Angriff ist eine planmäßige Abwehr nötig. Sobald die rote Fahne in aller Öffentlichkeit entrollt wird und alle des Terrors beginnen, ist es der Staat sich selber schuldig, ohne Säumen mit allen verfügbaren Mitteln einzuschreiten, und wird dafür bei denen, die sich durch Taten überzeugen lassen, Unterstützung finden. Gerade die Demokratie muß Kraft zeigen, muß beweisen, daß Freiheit und Ordnung keine Gegensätze sind; sonst würde sie ganze Scharen in das Lager der Reaktion treiben. Es scheint, daß die jetzige Regierung sich ihrer Abwehrpflicht bewußt ist.“

Die Demokraten scheinen sich also damit abfinden zu wollen, daß die augenblicklichen Putzschüsse zu einer Neuauflage des Sozialistengesetzes ausgenutzt werden sollen. Die Arbeiterschaft aller Parteien muß sich einmütig und mit aller Schärfe dagegen wehren. Sie weiß, daß das Bürgerrecht die kommunistische Aufschneidung zum Vorwand für eine neue Ausnahmegesetzgebung nehmen würde, daß sich diese aber gegen die gesamte Arbeiterbewegung richten wird. Uebrigens ist es bezeichnend, daß selbst die Demokraten, die dem Sozialistengesetz früher Widerstand entgegengesetzt hatten, und die sich auch ebendam gegen Ausnahmegeetze grundsätzlich erklärt haben, jetzt mit die ersten sind, die eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterschaft verlangen.

## Reaktionäre Waffenschiebungen

Wie der „Vorwärts“ aus Kassel berichtet, wurde in die dortige Kaserne ein Waffenlager eingemauert, das 3000 Gewehre, 700 Karabiner sowie schwere Maschinenwaffen und Handgranaten barg. Rechtssozialistische Arbeiter meldeten das Verstecken dem Entwaffnungskommissar in Berlin. Herr Peters versprach sofort einzugreifen. Er schickte den Oberst Selle, den Verbindungsbeauftragten des Reichswaffenministeriums, zur Feststellung nach Kassel. Dort erklärte aber der Herr, daß er als Zivilperson die Kaserne nicht betreten dürfe (11). Es wurde dann festgestellt, daß die Waffen nebst Munition nach Schwertau transportiert werden sollten. Der Transportführer, ein früherer Leutnant, namens Hellmann, hat den Transport aber nicht nach Schwertau, sondern nach einem Jagdhaus am Finne bei Müllin geleitet, das einem Schiffbauindustrieller Cornehlis aus Hamburg gehört. Der Schiffbauindustrieller und der Führer wurden dann auf Veranlassung der rechtssozialistischen Arbeiter verhaftet. Sie sind inhaftiert in höheren Oris wieder auf freien Fuß gesetzt worden. In dem Jagdhaus wurden gefunden: 2100 Gewehre, 15 schwere Maschinengewehre, 20 Arten Munition à 200 1400 Schuß, 20 Kisten Maschinenwaffenmunition à 200 1400 Schuß, 20 Kisten Maschinenwaffenmunition à 200 1400 Schuß. Verschwinden sind 900 Gewehre, 700 Karabiner und die Handgranaten.

Aus dieser Nachricht ergibt sich, wo die Waffenschieber und die Waffenlager zu finden sind. Ohne die Waffenlager der Reaktion wäre auch der Aufstand in Mitteldeutschland und an anderen Orten nicht möglich gewesen. Die Arbeiter haben keine Waffen in den Händen, sie verlorgen sich, wie es schon während des Kampfes der Fall war, aus den Waffenschiebern der Reaktion.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, das Entwaffnungsgesetz auch endlich der Reaktion gegenüber anzuwenden. Die Regierung hat diese Pflicht bisher veräußert und damit den Putzschüssen den erforderlichen Vorwand geleistet. Wenn die reaktionäre Presse jetzt nach Ausnahmegeetzen ruft, dann möge die Regierung erst dafür Sorge tragen, daß die bestehenden Gesetze keine Ausnahmegeetze für die Reaktion sind, bestimmt zum Schutze der geheimen monarchistischen Verbände.

## Die Lage im Reich

In Mitteldeutschland hat sich nach einer Meldung aus ungenannter Stelle die Lage bedeuten entspannt. Das Deunawerk hat sich, wie jetzt festgestellt wird, schon nach einigen Schüssen ergeben. Reichswehrtruppen sollen bisher nirgends eingesetzt worden sein, außer einem Zug Artillerie, der der Schutzpolizei zur Bekämpfung der schweren Maschinengewehre zur Verfügung gestellt wurde. Die Reichswehr liegt aber „als Vorkehrungsmaßnahme“ in der Gegend von Usherleben, Sangerhausen und Witterfeld in Bereitschaft. Der Panzerwagen, der in der Gegend von Sangerhausen in Aktion trat, soll dem Reichswaffenministerium gehören und von diesem zum Schutze des Eisenbahnverkehrs eingesetzt worden sein. Der Panzerzug war mit Freiwilligen aus der Wäutem bergischen Bezirkswehr besetzt. Es heißt, daß der Zug bei Sangerhausen überfallen worden sei, wobei ein Lokomotivführer getötet und 24 Mann verwundet wurden.

Die Kämpfe bei Ammerort am Ostermontag haben den Aufständischen 30 Tote gekostet, die Schutzpolizei hatte drei Verwundete. Während sich in den Berichten herausgehoben, daß durch einen Artilleriebeschuss des Detachements Graf v. Ponninow acht Aufständische getötet wurden. Aus Halle wird berichtet, daß die Elektrizitätsversorgung stillgelegt worden sei. Die Stadt ist ohne Licht, der elektrische Bahnverkehr ruht, die Stilllegung der Gas- und Wasserwerke sei zu erwarten. Die Betriebe des Zeiß-Werkzeugmaschinenbauers haben den Generallstreik mit großer Mehrheit abgelehnt. Auf den Straßen wird überall gearbeitet, hingegen liegen die meisten Betriebe der Stadt still. Auch das Elektrizitätswerk ruht.

In einigen anderen Orten gewinnt die Streikbewegung an Boden. In Wittenberg wurden die Zeitungsbetriebe stillgelegt. Im Bornaer Braunkohlewerk hielten die Belegschaften zweier Gruben die Arbeit ein. In Gröba bei Leipzig ist der Bahnhof von bewaffneten Arbeitern besetzt worden. Kämpfe mit Polizeitruppen sind im Gange. Der Eisenbahnverkehr zwischen Halle und Leipzig ist eingestellt. Auch im Daguer-Debnitzer Kohlenwerk sind Zeisstrüben ausgerufen.

Aus Thüringen wird gemeldet, daß in Erfurt eine Anzahl Betriebe ruht, während an anderen Stellen voll oder in beschränktem Umfange gearbeitet wird. In Saal ist mit großer Mehrheit der Generallstreik beschlossen worden, alle Betriebe haben still. In Jena wurde verfaßt, die Eisenbahnhauptwerkstätten lahm zu legen. In einer Versammlung beschlossen die Eisenbahner mit etwa 800 gegen 10 Stimmen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Hingegen ist der Betrieb der Straßenbahn stillgelegt, auch die Arbeiter der Betriebswerkstätte des Elektrizitätswerkes haben die Arbeit verlassen. In den Zeiswerken wird noch gearbeitet.

In Breslau wurde auf das Haus, in dem sich das Parteibüreau und die Redaktion der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ befindet, ein Mörser verfaßt. Es erfolgte eine gewaltige Explosion, durch die eine Wand zertrümmert und hunderte von Fensterkheiben zertrümmert wurden.

Die Verfassungsveränderung der badischen Regierung teilt mit: Das Ministerium des Innern hat sich auf Grund verbürgter Nachrichten aus Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim über verbrecherische Absichten der Kommunisten zur Kenntnis genommen, alle Versammlungen unter freier Himmel, Versammlungen und Demonstrationen in der Gegend von Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim, die badischen Kommunisten beizugehen aus Halle, die dahin gingen, daß in Württemberg und Baden am heutigen Dienstag der Versuch gemacht werden sollte, den Generallstreik auszurufen. Wenn dieser Versuch Aussicht auf Erfolg habe, solle von den öffentlichen Gebäuden Besitz ergriffen werden. In Mannheim fand ein kommunistischer Anzug statt, den die Polizei zu verhindern versuchte. Als aus den Reihen der Kommunisten Schüsse auf die Schutzmannschaft abgegeben wurden, giß die in der Nähe des Kolonnenplatzes stehende Schutzmannschaft ein. In ihrer Verteidigung mußte sie von der Waffe Gebrauch machen. Drei Personen wurden getötet. Nachmittags 6 Uhr verfaßten in Karlsruhe Kommunisten auf dem Marktplatz eine Kundgebung zu veranstalten. Durch hartes Polizeiaufgebot wurde dies verhindert.

Die weiteren Meldungen können wir übergehen, da sie zum größten Teil unkontrollierbar sind oder den Stempel der Lüge zur Schau tragen. Deutlich ist bei vielen Meldungen die reaktionäre Urheblichkeit zu erkennen und die Absicht, eine Juden- und Ausländerhetze mit der Abwehr des Aufstandes zu verbinden. Um die Soldaten- und Polizeimannschaften zu Gewalttätigkeiten aufzufahren, werden, wie im Kriege, Meldungen verbreitet, daß sich unter den erbeuteten Munition Dum-Dum-Geschosse befinden sollen. Dann wird von „Jähren“ gelobt, die russische Militärmanöver (11) tragen sollen. Eine T. U. Meldung aus Bochum bringt sogar die raunenregende Nachricht, daß im Anschluß an eine Waffenbeschneidung seien Personen verhaftet worden, unter denen sich „zwei russisch-polnische Juden befinden.“

Die Stimmungsmache beginnt. Die Hünen des Schlachtfeldes wittern Beute.

## Die Lage in Berlin

### Unsinnige Maßnahmen der Polizei

Im Verlauf des gestrigen Tages wurde verschiedentlich versucht, die Belegschaften der Großbetriebe zum Generallstreik zu bewegen. Die Versuche hatten keinen Erfolg. In die Löwewerke in der Hüttenstraße drang ein Trupp Arbeitstoler ein und machte den Versuch, die Heizer von den Kesseln zu entfernen. Die Schutzpolizei verhaftete etwa 60 Personen und brachte sie auf Lastautos zum Polizeipräsidium. Die Durchsuchung der Verhafteten soll Handgranaten, Revolver und andere Waffen zutage gefördert haben. Nach der Meldung einer bürgerlichen Korrespondenz hat voraussichtlich der Betrieb der Löwewerke einen politischen Schutz von 100 Mann erhalten.

In der Lokomotivfabrik Hennigsdorf hat die Abstimmung über den Streik eine Mehrheit gegen den Streik ergeben. — In der Turbinenfabrik der A. E. G., Hüttenstr., betrieb im Laufe des Tages der größte Teil der Belegschaft die Arbeit.

In den Bergmann Elektrizitätswerken kam die Belegschaft geschlossen zur Arbeit. Kurz nach 10 Uhr vormittags kam ein Arbeitstolertrupp von etwa 150—200 Mann, schob den Vorhof beiseite, drang in den Betrieb ein und erzwang durch Drohung die Stilllegung des Betriebes. Kurz danach rückte die Stpo ein und verhaftete etwa 60 Personen, die zunächst nach der Matzkocherstraße und dann nach dem Polizeipräsidium gebracht wurden. Die Verhafteten mußten während des langen Transportes die Hände über den Kopf halten. Sie wurden dabei von Sicherheitspolizisten mit aufgespitztem Seitengewehr flankiert. Diese Maßnahme erinnert an die heillosen Zeiten des Kosselkurses. Die Polizei sollte sich kümmern, Gelangens auf diese Weise zu transportieren und dem Straßenverkehr kein derartiges widerliches Schauspiel bieten.

In einigen Betrieben wurden Abstimmungen über den Streik vorgenommen. Die Belegschaft der Chailienbuziger Gasanstalt lehnte mit 564 gegen 212 Stimmen den Streik ab. Beteiligt waren 77 Prozent der Belegschaft, etwa 200

Personen fehlten. Der Beschluß wurde nach fast dreistündiger Diskussion in geheimer Abstimmung gefaßt.

Die Arbeiter der Firma Scharkloff beschäftigten sich in einer Betriebsversammlung mit dem Generallstreik. Nachdem die Redner aller Parteien sich geäußert hatten, wurde mit großer Mehrheit der Streik und die Solidarität mit der Putzschneiderei abgelehnt. Das Werk arbeitet in vollem Maße weiter.

In der Werkzeugmaschinenfabrik von Friz Werner-Mariensfelde hatten die Kommunisten eine Betriebsversammlung einberufen, um zum Generallstreik Stellung zu nehmen. Die Abstimmung ergab 375 Stimmen gegen den Streik, 271 für den Streik. Darauf hin versetzten die 271 Mann den Betrieb, holten sich aus den Reihen der Arbeitslosen Verstärkung und versuchten den Spielplatz zu besetzen. Als die Verhaftung der Sicherheitspolizei herbeiführte, wurde das Kampffeld freiwillig geräumt. Der Obmann des Betriebsrates, ein Kommunist, lehnte nach der Abstimmung jede Verantwortung für das Vorgehen seiner Parteifreunde ab.

Die Polizei hat in einer Druckerei in der Dresdener Straße ein Flugblatt beschlagnahmt, das in einer Auflage von etwa 70 000 fertiggestellt war. Die Polizei droht bei dieser Gelegenheit an, daß in Zukunft die Verteiler der Flugblätter nicht mehr selbstgefaßt, sondern selbstgenommen und abgeurteilt werden würden. Der Polizei scheint sich eine stichtische Reaktion zu bemächtigen; anscheinend macht sich der Einfluß der reaktionären Offiziere immer stärker geltend. Sie haben gestern sogar Streikposten der Brunnenbauer festgenommen und mißhandelt, ein Vorgehen, zu dem keinerlei Anlaß vorlag, denn die Brunnenbauer befinden sich in einem wirtschaftlichen Streik, in den sich die Polizei nicht einzumischen hat.

Geradezu großen Unfug verübte sie aber nachmittags auf dem Schloßplatz. Sie schob, gerade als Gefangene auf drei Lastautos nach dem Polizeipräsidium gebracht wurden, zwei Leuchtraketen ab, die mit lautem Knall direkt über dem Schloß explodierten. Die Explosion ließ zwei größere weiße Rauchwolken zurück. Der Knall und die Rauchwolken riefen unter den Passanten eine Panik hervor und in der Stadt verbreitete sich das Gerücht, es sei mit Schranells nach dem Schloße geschossen worden. Wenn die Polizei die Erregung nicht noch mehr steigern will, dann soll sie gefälligst diese unsinnigen Spielereien unterlassen.

## Die Herrschaft der Lüge

Die Militaristen können nicht aus ihrer Haut heraus. Für sie war die Lüge während des Weltkrieges ein wichtiges strategisches Hilfsmittel, und sie wenden dieses Mittel auch in ausgedehntestem Maße im Bürgerkrieg an. Wir haben in dieser Hinsicht in den letzten zwei Jahren viel erlebt. Aber es scheint, als ob weite Teile des deutschen Volkes nach jedem Herzeinfall nicht klüger, sondern dümmer werden. Das Volk ist während des Krieges belogen und betrogen worden. Kaum hatte sich der Zusammenbruch vollzogen, kaum schien eine Erleichterung eingetreten zu sein, da fiel das Volk von neuem auf die Männer herein, die es eben in den Abgrund geführt hatten.

Die Lügner von gestern, eben in ganzer Blüte entlarvt, fanden heute begeisterte Gläubige. Man schwärmt auf der ganzen Welt von Unwahrheiten und Verbrehungen, mit denen Koske, Lüttich und die Freikorpsführer ihre Feldzüge gegen die Arbeiter umkleideten, wurde nur von wenigen durchschaut. Es gibt weite Kreise des deutschen Volkes, denen eine schön ferrierte Lüge lieber ist, als eine bittere Wahrheit. Sie haben den tiefen Sinn jedes Wortes von Beria Suttner, daß die Lüge die erste Begleiterscheinung des Krieges ist, nicht erfasst, und sie wollen sie auch nicht erfassen, obwohl doch der Krieg sowohl als auch der anschließende Bürgerkrieg das Auge eines jeden, der sehen will, geklärt haben müßte.

Auch bei der jetzigen Polizeiaktion in Mitteldeutschland wird stark mit Unwahrheiten und Uebertreibungen gearbeitet. Die Sicherheitspolizei ist eben auch eine militärische Einrichtung, und von den Militaristen kann keiner aus seiner Haut heraus, ob er nun die Feldgrau oder die grüne Uniform trägt. Ehrgeiz, Ruhmsucht, gepaart mit reaktionären Absichten, lassen in den Köpfen der militärischen Leiter Nachrichten entstehen, an die die Arbeiter nicht einmal selbst glauben. Dabei sind die Berichte in einer Form ausgemacht, die sichtlich die Freude verraten läßt, einen neuen frisch-fröhlichen Krieg führen zu können, wieder Held zu sein, Beute zu fassen, Eroberungen und Beute zu machen.

Wir wollen nur die größten Unwahrheiten flüchtig festhalten. Als die Kommunisten noch in Eisleben saßen, wurde behauptet, die rote Armee verfüge dort über mehr als 10 000 Gewehre und 40 schwere Maschinengewehre. Wie die Arbeiterschaft von Eisleben, einem kleinen Orte, in dem Befehl derartiger Waffenmengen gekommen sein soll, das wurde nicht verraten. 10 000 Gewehre wiegen mit Verpackung etwa 1000 Zentner. Es ist augenfällig, daß derartige Waffenmengen in Arbeiterwohnungen nicht verborgen gehalten werden können. Die militärischen Lügenmüller kümmern sich um diese einfachen Voraussetzungen nicht. Ihr Ziel ist der Erfolg, der durch die Größe des Gegners gesteigert werden muß, und wo dieser große Gegner fehlt, muß er durch dichterische Phantasien hervorgezaubert werden.

Nachfolgendes wurde auch über die Besatzung des Pennewerkes. Hier sollte sich der Stützpunkt der Zentralleitung der Aufstandsbewegung befinden. 4000 Gewehre und eine große Anzahl Maschinengewehre wurden der Besatzung angeblich. Bei einer derartigen Bewaffnung wäre der Sicherheitspolizei der Sieg sicherlich nicht so leicht abstritten werden. Aber man wird der Wahrheit gleich nahe kommen, wenn man aus der dreistelligen Zahl der Gewehre eine zweifelhafte macht.

Mit der gleichen Vorsicht müssen die Nachrichten über die Attentate auf Brüden und Eisenbahnen aufgenommen werden. Die Hälfte davon ist tollfahrig erlogen, nicht sich doch sogar schon das Preußische Ministerium veranlaßt, die Nachricht zu dementieren, daß die Eisenbahnbrücke bei Ammerort zwischen Erfurt und Halle gesprengt worden sei. Weitere Dementis werden erfolgen müssen, wenn sich die Lage erst ruhig übersehen läßt.

All diese hingerichteten Meldungen müssen die Arbeiterschaft zur größten Vorsicht ermahnen. Es verbirgt sich hinter ihnen die Reaktion, in deren Dienste die militaristischen und politischen Beschickhaber stehen, die derartige Nachrichten fabrizieren. Denn der Reaktion und ihren militaristischen Helfershelfern kommt es nicht auf die Erzielung eines Zustandes der Ruhe und Ordnung an. Sie trachten gleichmäßig darüber hinaus nach einer Erweiterung ihrer Machtpositionen. Den Behörden aber, die die Meldungen der Polizei haben ungenügend weitergeben, fällt die Verantwortung an diesen dunklen Freireisenden zur Last. Wenn es der Regierung darum gegangen ist, lediglich den Aufstand abzuwehren, dann hätte sie sich des Mittels der Lüge nicht zu bedienen.

# Die neue Einkommensteuer

III

Mit der Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz wird der erste Schritt zur Revision der Erbschöpfung Finanzgesetzgebung getan. Ein zögernder, unvollkommener Schritt, aber einer, dem andere folgen müssen und folgen werden. So charakterisiert der demokratische Exminister G o t t e i n, einer der wüsten Gegner der Besteuerungsgesetzgebung, die Revision des Einkommensteuergesetzes. Er leitet aus der Herabsetzung der Tariffälle für die unteren Einkommenstufen die Hoffnung her, bei günstigerer Gelegenheit bessere Ausichten für den Generalangriff auf die Besteuerung zu haben. Er beklagt deshalb die weitgehenden Zugeständnisse, die den Sozialdemokraten und den Arbeitervertretern des Zentrums in der Novelle gemacht worden sind, und bezeichnet es als einen schweren taktischen Fehler, daß sie nicht zur Durchdringung der anderen unbedingt notwendigen Reformen ausgeht wurden.

Goldheims Klageruf deutet die Absichten restlos auf, mit denen die bürgerlichen Parteien an die Beratung der Novelle gegangen sind, und die verhindert zu haben die beiden sozialdemokratischen Parteien als ihr Verdienst ansetzen können. Nicht aus irgendwelchen sozialen Empfinden heraus, ist die Ermäßigung der Steuerfälle von den bürgerlichen Parteien bei den unteren Einkommenstufen zugestanden worden, sondern in der Hoffnung, für diese Milderungen auch für die Besitzenden herauszuschlagen zu können. Diese Absicht aber wurde durchkreuzt. Es ist sowohl verhindert worden, daß für die Veranlagung der Besitzenden das Jahr 1918 mit seinen niedrigeren Geldwerten zugrunde gelegt wird, als auch der Versuch durchkreuzt worden, die einmaligen Einnahmen dem ungemein niedrigen Steuerfuß von 10 Prozent zu unterwerfen, anstatt sie bis zu 60 Prozent zu besteuern. Die Anrechnung des Mindereinkommens eines Jahres auf das Einkommen des folgenden Jahres konnte ebenfalls vereitelt werden. Ebenso die Freilassung des Spekulationsgewinns, so daß die Besitzenden eigentlich nur die Erweiterung der Abschreibungen und Rücklagen sowie die Anrechnungsfähigkeit der Aufwendungen für den Kleinwohnungsbau als ihren Erfolg buchen können.

So beträchtlich diese Erfolge auch sind, so bleiben sie doch wesentlich hinter den Erwartungen des Bürgerturns zurück. Sie haben deshalb jetzt ihre Hoffnung auf die Zukunft gerichtet, aber wahrscheinlich vergeblich, weil die Arbeiterschaft die Absichten der Besitzenden erkannt hat und künftig noch machbarer sein wird, als jetzt.

Von welcher Bedeutung die Verringerung der Tariffälle, insbesondere für die unteren Einkommensteuerschichten, ist, das geht aus der folgenden Tabelle hervor: Sie enthält, soweit die Angaben für die Steuern sich auf das bisherige Gesetz beziehen, bereits die Berücksichtigung der steuerfreien Einkommensteile (1500 Mark die erste Person und je 500 bzw. 700 Mark für die weiteren Personen). Bei der Berechnung der Steuer nach der neuen Fassung sind die von dem errechneten Steuerbeträge abzuziehenden seitigen Beträge ebenfalls abgezogen. Und zwar bei Einkommen bis zu 60 000 Mark 120 Mark für jede Person. Für 1921 wird die Steuer um je 60 Mark für jedes minderjährige Kind geringer, da von diesem Jahr an statt 120 Mark 180 abgezogen werden dürfen. Es beträgt danach die Steuer:

Bei einem Einkommen von	für 1 Person mit 1 Hauptverdienungsquelle		für 1 Person mit 2 Hauptverdienungsquellen		für 1 Person mit 3 Hauptverdienungsquellen		für 1 Person mit 4 Hauptverdienungsquellen	
	nach dem bisher. Gesetz	neu	nach dem bisher. Gesetz	neu	nach dem bisher. Gesetz	neu	nach dem bisher. Gesetz	neu
4 000	270	280	210	160	60	—	—	—
6 000	580	490	460	380	282	120	122	—
8 000	830	680	750	560	544	320	358	80
10 000	1 170	880	1 080	780	848	520	680	250
12 000	1 550	1 080	1 450	980	1 260	720	1 060	480
14 000	1 970	1 280	1 860	1 160	1 680	920	1 480	680
16 000	2 480	1 480	2 310	1 360	2 080	1 120	1 860	880
18 000	2 925	1 680	2 800	1 560	2 550	1 320	2 310	1 080
20 000	3 440	1 880	3 310	1 760	3 050	1 520	2 600	1 280
22 000	3 975	2 080	3 840	1 960	3 570	1 720	3 010	1 480
24 000	4 530	2 280	4 390	2 160	4 110	1 920	3 340	1 680
26 000	5 100	2 480	4 970	2 360	4 700	2 120	4 110	1 880
30 000	6 305	3 480	6 190	3 360	5 880	3 120	5 590	2 880
35 000	7 880	4 780	7 720	4 610	7 400	4 370	7 090	4 180
40 000	9 540	6 280	9 370	6 110	9 030	5 570	8 700	5 680
45 000	11 275	7 980	11 100	7 860	10 750	7 620	10 400	7 350
50 000	13 090	9 880	12 880	9 860	12 520	9 620	12 160	9 890
60 000	16 780	14 480	16 590	14 350	16 210	14 120	15 230	13 890

Die tatsächliche Steuerleistung im Jahr 1920 aber ist noch geringer, weil Werbungskosten mit mindestens 1800 Mark, d. h. 180 Mark Steuerleistung in Abzug gebracht werden können.

Wenn die Anträge der Unabhängigen und der Rechtssozialisten Annahme gefunden hätten, die eine Verdoppelung der abzugsfähigen Beträge von 120 Mark auf 240 Mark bezwecken, um wenigstens für kinderreiche Familien ein unbedingt notwendiges Existenzminimum von der Steuerleistung frei zu lassen, dann wäre z. B. bei einer sechsköpfigen Familie ein Einkommen einschließlich der abzugsfähigen Werbungskosten von 16—17 000 Mark völlig steuerfrei gewesen. Dieser Antrag stellte deshalb eine weit bessere Formulierung der Forderungen der Arbeiterklasse dar, als der nur Heiterkeit hervorrufoende Antrag der Kommunisten, der die Festsetzung der Höhe eines steuerfrei bleibenden Existenzminimums den künftigen statistischen Ämtern bzw. anderen vom Reichsfinanzminister zu bestimmenden Organen überlassen wollte. Da behördliche Organe stets die Neigung haben, die fiskalischen Interessen über die sozialen zu stellen, so wäre bei der Annahme dieses Antrages mit Sicherheit zu erwarten gewesen, daß ein Existenzminimum festgesetzt worden wäre, das hinter den steuerfreien Beträgen zurückbleibt, wie sie jetzt beschlossen wurden.

Wie unüberlegt dieser Antrag war, der, wie sein Begründer hervorhob, bereits im vergangenen Jahr (1) entworfen worden ist, und vielleicht für die damalige Situation gepaßt hat, aber keineswegs für die jetzige, geht aus der Tatsache hervor, daß er für die ersten angefangenen 20 000 Mark Einkommen einen Steuerfuß von 15 Prozent vorsah, anstatt der vorgeschlagenen und beschlossenen 10 Prozent, wodurch unter Umständen selbst bei einer Familie von sechs Köpfen bei einem steuerfreien Einkommen von 12 000 Mark eine höhere Belastung eintreten würde, als bei den jetzt beschlossenen Sätzen. Diesem widersprüchlichen Antrage der Kommunisten, der nur aus dem Wunsch entstanden war, zu sein, daß die Kommunisten auch da sind, ohne aber seine Wirkung zu überlegen, verlagte deshalb die Unabhängige Fraktion ihre Zustimmung.

Ihre Haltung war von Anfang an von dem festen Willen geleitet, die ungeheuer drückenden Steuerlasten für die geringeren Einkommen zu mildern, dabei aber doch zu verhindern, daß die Besitzenden aus dieser Situation für sich Vorteile

zogen. Und wenn auch die Forderungen der Arbeiterklasse nicht restlos verwirklicht worden sind, und die Absichten der Besitzenden nicht restlos verhindert werden konnten, so ist doch die Möglichkeit geschaffen worden, daß bei der Beratung des Lohnsteuergesetzes, das in den nächsten Monaten dem Reichstage vorgelegt wird, eine weitere Berücksichtigung der Forderungen der Arbeiterklasse, insbesondere bei Festsetzung der Höhe Werbungskosten durchgesetzt werden, und daß erreicht wird, daß die über den Steuerabzug hinausgehenden Steuerleistungen als erfüllt angesehen werden.

# Die auswärtige Politik Amerikas

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die unter Wilsons Präsidentschaft in den Weltkrieg eingetreten sind, und dadurch der Seite der Alliierten gebracht haben, sind seit den Tagen des Waffenstillstandes und der Pariser Friedenskonferenz dem anderen Alliierten gegenüber in die diplomatische Defensive geraten. Das hat seine Gründe in erster Linie in den durch den Krieg völlig umgewandelten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Amerikas gegenüber Europa. Mit der Steigerung seiner finanziellen Kraft, mit der großen Ausdehnung seiner produktiven Kräfte und mit dem Ausbau seiner Handelsflotte, mit denen Amerika statt des finanziellen und politischen Glanzes der europäischen Staaten aus dem Kriege hervorging, war es unweigerlich in den Strudel der Weltpolitik hineingezogen, die vor dem Kriege fast ausschließlich von den großen Industriestaaten Europas beherrscht wurde. Die Annahme, daß sich Amerika wieder auf seine eigenen Angelegenheiten zurückziehen werde, ist deshalb falsch. Es steht nur in einem ganz anderen Verhältnis zum europäischen Problem, als seine ehemaligen Verbündeten jenseits des atlantischen Ozeans. Und dieses andere Verhältnis, das sich sowohl aus der räumlichen Entfernung, vor allem aber aus der veränderten ökonomischen Stellung der Vereinigten Staaten ergibt, hat einen gewissen Gegensatz zwischen dem Dollarlande und den Alliierten geschaffen.

Die kompakte Majorität der übrigen Alliierten machte ein erfolgreiches Arbeiten im Obersten Rat, in der Wiedergutmachungskommission, im Völkerbund und in anderen Organisationen der alliierten Mächtegruppe unmöglich. So jog Amerika nach und nach überall seine Vertreter zurück. Das bedeutet nun keineswegs, daß Amerika etwa auf die Teilnahme an der europäischen Politik, an der Umorganisation der Politik und Wirtschaft verzichtet leistet. Im Gegenteil. Amerika machte sich die Hände frei, entband sich aller Mitverantwortlichkeit und macht nun seine Politik. Auf diese Weise kann es sich ungehindert mit Japan, das ja auch im Rate der Alliierten sitzt, auseinandersetzen. Es kann ungehindert seine militärischen und maritimen Pläne verwirklichen. Es kann seiner finanziellen Vormachtstellung die politischen Grundlagen schaffen.

Wie sehr die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten auch unter der neuen Präsidentschaft diese Linie verfolgt, zeigt folgende Note an alle Staaten der Welt:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an alle Staaten der Welt, besonders aber an die Alliierten eine Note gerichtet, in der erklärt wird, daß die Vereinigten Staaten ihren Anteil an der Festlegung aller Bestimmungen sich vorbehalten, die sich auf die Beendigung des Kriegszustandes beziehen. Ferner wird gesagt, daß die Vereinigten Staaten keinerlei Verringerung anerkennen können, an der sie nicht selbst beteiligt sind. Die Vereinigten Staaten nehmen bei den Alliierten Staaten die Reizung wahr, sie bei der Festlegung gewisser Fragen auszuschalten und die Alliierten seien Bestimmungen zur endgültigen Regelung von Angelegenheiten, die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen, in einer Weise fest, als ob die Vereinigten Staaten nicht dazu beigetragen hätten, daß der Krieg eine glückliche Wendung genommen habe. Die Alliierten sind zweifellos von einem Mißverständnis befangen, wenn sie annehmen, sie dürfen internationale Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken regeln, ohne die Vereinigten Staaten zu befragen. Die Vereinigten Staaten behalten sich ausdrücklich dieses Recht vor, und sie können endgültige Abmachungen nicht anerkennen, bevor nicht ihre Zustimmung eingeholt ist.

Nach dieser Note ist mit einer aktiven, selbständigen Weltpolitik Amerikas zu rechnen, die auch nicht ohne Einfluß auf die Wiedergutmachungsfrage bleiben dürfte.

# Der Handel mit Reparationskohle

In einer Note an die Reparationskommission in Paris macht die deutsche Regierung die Feststellung, daß nach zuverlässigen Mitteilungen in letzter Zeit Verkäufe von Reparationskohle durch die alliierten Empfangsländer in erheblichem Umfange stattgefunden haben. Es handelt sich um große Mengen, so in einem Falle um 40—50 000 Tonnen, in einem anderen Falle um 10 000 Tonnen. Die Note der deutschen Regierung führt die offiziellen Stellen der alliierten Reparationsbehörde an, von denen in den einzelnen Fällen die Verkäufe ausgeführt worden sind, und fügt hinzu, daß sich Anfang März etwa 50 000 Tonnen Reparationskohle unentladen in Räumen in Rotterdam befanden haben. Die Note der deutschen Regierung führt fort:

„Die deutsche Regierung hat in der Note vom 6. 12. v. J. durch Vermittlung der Deutschen Kriegskostenkommission ohne Widerspruch der Reparationskommission ihren grundsätzlichen Standpunkt wiederholt dahin zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland etwaigen Austauschgeschäften mit Reparationskohle zustimmen und an den daraus entstehenden Vorteilen beteiligt werden muß. Noch weit weniger, als derartigen Austauschgeschäften kann Deutschland dem Verkauf von Reparationskohlen in der oben geschilderten Art zustimmen. Die Absicht des Friedensvertrages war, den Alliierten das Kontingent ihrer früheren Importe aus Deutschland sowie den Ausfall der zerstörten Erden zu ersetzen durch Aufbringung von Pflanzleistungen an Deutschland.“

Die Reparationskohlen sollen also der Wirtschaft der beteiligten Mächte nicht zugute kommen und nicht Gegenstand von Handelsgeschäften werden. Mit folgenden Worten legt die Note dagegen Verwahrung ein:

„Wegen des gegenseitigen von einzelnen Regierungen eingeschlagenen Verfahrens muß die deutsche Regierung um so mehr Verwahrung einlegen, als sie, wie es die Tatsachen ergeben und wie sie der Reparationskommission wiederholt mitgeteilt hat, trotz aller Bemühungen nicht in der Lage ist, die Kohlenlieferungen, die ihr anverlangt sind, voll zu erfüllen. Wie auch an dieser Stelle hervorgehoben werden muß, kommt noch hinzu, daß immer häufiger Anforderungen an Sorten und Qualitäten der zu liefernden Menge gestellt werden. Dem Einspruch der deutschen Regierung gegen Höhe und Art dieser Auflagen ist bisher unbefriedigend geblieben. Um so weniger ist es für sie erträglich, wenn andererseits ohne Beteiligung Deutschlands und noch dazu unter Preis über erhebliche Teile derjenigen Reichsmengen, welche sie unter schweren Schätzungen der eigenen Wirtschaft alliierten Ländern zugeführt, verfügbar wird.“

# Die oberschlesische Frage

In der „Welt am Montag“ bespricht H. von Gerlach das Problem Oberschlesiens, und er kommt zu der gleichen Auffassung, die wir vertreten haben: Deutschland muß sich mit Polen zu verständigen suchen. Er nennt vier Möglichkeiten, die sich nach der Abstimmung ergeben haben. Die eine Möglichkeit, Oberschlesien zum selbständigen Staat zu machen, würde zwar höchste staatsmännische Weisheit bedeuten, sie komme aber nicht in Betracht, da ein solcher Schritt eine Staatsmannschaft voraussetze, die von jedem Augenblicke an der nationalitätlich erzeugten Massen absche. Die Abtretung ganz Oberschlesiens an Polen sei ganz unmöglich. Unendlich unwahrscheinlich sei die Befassung ganz Oberschlesiens bei Deutschland. Es bleibe also nur die Aufteilung Oberschlesiens. Es sei nutzlos vergebende Kraft, wenn man sich gegen die Ausführung des von uns unterzeichneten Vertrages sträube, und sich jetzt auf die Formel von der Unteilbarkeit Oberschlesiens versteife. Gerlach kommt zu folgendem Schluß:

Unsere Haltung in dem jetzigen kritischen Augenblicke kann von entscheidender Bedeutung werden für die ganze künftige Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland. Die nationalen Leidenschaften haben und drücken sich durch die Abstimmungspropaganda aus höchste aufgeschüttelt. Nun handelt es sich darum: Del ins Feuer oder Del auf die Wogen? Bequemer ist es, mit dem Strom zu schwimmen. Gewissenhafter aber scheint es mir, zur Vernunft zu mahnen und an die Zukunft zu denken.

Polen hungert nach Waren. Der deutschen Industrie eröffnen sich hier gewaltige Absatzmöglichkeiten, wenn die Politik sie ihr nicht künstlich verschließt. Wichtiger als einige Duzend Quadratmeilen noch so wertvollen Landes, das von polnischen Weidweiden bewohnt ist, scheint mir die offene Tür nach ganz Polen.

Nicht weitere Verschärfung des Gegensatzes zu Polen, sondern Ausmerzung aller Schwierigkeiten und Einleitung einer dauernden Verständigungspolitik, das ist die Aufgabe, die die deutsche Regierung zu erfüllen hat. Nur auf diese Weise kann das oberschlesische Problem so gelöst werden, daß weder das deutsche noch das polnische Volk nachteiligt wird.

# Der Parteitag der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei

Drahmelung unseres Korrespondenten Southport, 29. März.

Nachdem der Parteitag nach einer sehr eingehenden Debatte den Anschluß an Moskau verworfen hatte, beschloß er den Anschluß an die Internationale sozialistische Arbeitsgemeinschaft und die Annahme des Wiener Programms mit einem Stimmverhältnis von zehn zu eins.

In der inneren Politik wurde die schärfste Opposition gegen die imperialistische Regierung beschlossen, die die britische Wirtschaft ruinieren und eine Gefahr für die Arbeiterbewegung bilde. Der Parteitag sprach sich für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht Irlands aus. In einer weiteren Entschließung forderte er die sofortige Revision der Friedensverträge in einer Weise, die allen Nationen die gleichen Möglichkeiten ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sichert.

# Sozialdemokratischer Kulturtag

Am 24. und 25. März fand in Dresden der erste sozialdemokratische Kulturtag Deutschlands statt. Es waren über 400 sozialdemokratische Lehrer aus allen Gegenden Deutschlands anwesend, Vertreter der Bildungs- und Jugendverbände, Vertreter der landwirtschaftlichen, preussischen, braunschweigischen und sächsischen Regierung, der sozialdemokratischen Reichstagsdelegation und zahlreicher Landtagsfraktionen, der Dresdener Stadtdirektion sowie des sächsischen und des Dresdener Lehrervereins.

Der Genosse Fleißner begrüßte als sächsischer Kultusminister die Versammlung. Er machte besonders auf die Hemmnisse aufmerksam, die durch die Reichsverfassung einer durchgreifenden sozialistischen Schulrevolution in den Weg gelegt worden sind, und schloß seine Rede mit folgenden Worten:

„Aber was innerhalb der unübersteiglichen Grenzen getan werden kann, muß getan werden. Vergessen Sie nicht, daß wir erst im Anfang großer Kämpfe auf diesem Gebiet stehen (Sehr richtig!), daß hier ein großer Berg vor uns liegt, den wir zu überwinden haben. Veressen Sie nicht, daß der Kampf ein eminent politischer Kampf ist. (Sehr wahr!) Dort, wo wir durch eine Mehrheit imstande sind, die Dinge vorwärts zu bringen, sehen wir einen Zusammenstoß des gesamten Bürgertums gegen diese Schreibern. (Sehr richtig!) Auch die Demokraten sind in dem Augenblicke gegen uns, wo die Gefahr vorhanden ist, daß durch eine sozialdemokratische Mehrheit der bürgerlichen Gesellschaft Schaden zugefügt wird. Ich darf hoffen, daß die fortgeschrittenen Lehren in diesem Kampfe gute Dionisea sein werden!“

Aus den Referaten ist hervorzuheben ein Vortrag von Kadebruch-Riel über die weltliche Gemeinschaftsschule, ein Referat von Hugo Hartmann über die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts und Ausführungen des Lehrers Schulz-Hamburg über sozialistische Bildungsarbeit und Lehrerschaft. Lothmann-Berlin legte ein Schulprogramm vor und hielt ein Referat darüber. Dieses Programm wurde besonders von Oestreich-Berlin (Hart) angegriffen, und die Versammlung war einmütig der Auffassung, daß das Programm in der vorgelegten Form nicht angenommen werden könne, sondern durch eine Kommission umgearbeitet werden müsse.

So weit sich nach den knappen Berichten ein Urteil über das Programm Lothmanns abgeben läßt, haben auch wir den Eindruck, daß dieses Programm kein sozialistisches Schulprogramm ist, sondern in seinen Zielen von den Schulreformvorstellungen vornehmlich demokratischer Schulmänner in manchen Punkten übertrifft wird. Eine Umarbeitung kann also nichts schaden, nur sind wir nicht über, ob man sich der Hoffnung hingeben darf, daß die beschlossene Umarbeitung sich in der Richtung auf eine wirkliche sozialistische Schule bewegen wird. Es kann ebenso gut umgekehrt sein. Interessant ist, daß Konrad Haenisch auf dem Kulturtag seiner Partei geschwiegen hat.

Erster Karl in Ungarn. Gerüchte, wonach der ehemalige Kaiser Karl während der Osterferien auf ungarischem Boden weilte, bestätigen sich. Sicher ist, daß der Kaiser in Steiermark als Gast des Obersten Robert Lehner, eines Bruders des gleichnamigen Kommunisten, weilte. Man vermutet, daß der frühere Kaiser die Reise nach Ungarn im Automobil zurückgelegt hat und inzwischen bereits wieder im Automobil ins Ausland gelangt ist.

**Linanol** vorzüglich  
bei rheumatischen Erkrankungen  
zu haben in den Apotheken





# Wohnungsnot und Baustoffwucher

Eine kürzlich vom Industriebeamten-Verlag herausgegebene Schrift des Architekten Heinrich Kaufmann in Berlin befaßt sich eingehend mit der Frage der Beseitigung der Wohnungsnot. Obwohl hierüber zahlreiche Vorschläge von Wohnungspolitikern schon vorliegen, unternimmt es der Verfasser, unterstützt durch Mitarbeit eines erfahrenen Bauingenieurs, einen Weg zu zeigen, der bei einigem guten Willen der Gesetzgeber praktisch beschritten werden kann, um ein Bauprogramm zu schaffen, das weitgehendstes Interesse erwarten kann. Wir wollen daher nicht unterlassen, auf die von ihm gemachten Vorschläge einzugehen.

Berücksichtigt man, daß in Deutschland der Fehlbeitrag an Wohnungen in den letzten sieben Jahren, wo so gut wie nicht gebaut wurde, 840 000 beträgt und nimmt demgegenüber die ungeheure Zahl der Arbeitslosen, die täglich noch immer wächst, so liegt der Gedanke nur zu nahe, diese beiden großen Volksnöte gegeneinander zu setzen. Durch Befehdung der Bauwirtschaft ist die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, und auf der anderen Seite ist durch produktive Beschäftigung der Arbeitslosen, vor allem der Bauhandwerker und der Techniker, die Wohnungsnot zu beseitigen. Durch einen allgemeinen Aufschwung des Baugewerbes und der dazu gehörigen zahlreichen Nebenbetriebe würde unser ganzes Wirtschaftsleben belebt werden können. Namentlich wenn man bedenkt, daß Deutschland genügend Baustoffe im Lande hat und somit völlig unabhängig vom Auslande ist, müssen wir uns fragen, warum bauen wir nicht.

Die oben erwähnte Schrift weist nun nach, wie unzulänglich das bisherige Verfahren der Baustoffenzuschüsse sich erwiesen hat. Die hierfür bewilligten Gelder fließen zum größten Teil in die Taschen der Spekulanten auf dem Baumarkt und der Schleher und Wucherer in der Baustoffindustrie und bewirken ein immer weiteres Steigen der Baupreise. Die stete Aufwärtsentwicklung der Preise während des Krieges zeigt uns ein Kapitel der Schrift Kaufmanns über „Baumaterialien“. Besonders traghaft ist die Steigerung der Baustoffpreise in der Zementwirtschaft, wie die nachfolgende Tabelle zeigt. Von der Reichsstelle für Zement wurden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. 1. 17, die den Zementverbrauch rationierte, folgende Zementhöchstpreise festgesetzt.

Für 10 000 kg ab Werk ohne Verpackung vom

1. 1. 17—80. 6. 17 — 465 M.	1. 10. 19—80. 11. 19 — 1603 M.
1. 7. 17—30. 9. 17 — 650 „	1. 12. 19—31. 12. 19 — 1862 „
1. 10. 17—30. 9. 18 — 735 „	1. 1. 20—31. 1. 20 — 1784 „
1. 10. 18—31. 3. 19 — 805 „	1. 2. 20—29. 2. 20 — 2300 „
1. 4. 19—30. 4. 19 — 955 „	1. 3. 20—31. 3. 20 — 3900 „
1. 5. 19—14. 8. 19 — 1205 „	1. 4. 20—31. 7. 20 — 4081 „
1. 6. 19—31. 7. 19 — 1235 „	1. 8. 20—31. 10. 20 — 3400 „
1. 8. 19—30. 9. 19 — 1535 „	1. 11. 20—3. 1. 21 — 3900 „

Danach haben die ersten niedrigen Preise ein halbes Jahr angehalten und dann begann ein allmähliches Ansteigen, das im Jahre 1919 schneller wurde und im Frühjahr 1920 mit einem Sprung nach oben schnellte. Der Grund für solche Preisentwicklung liegt darin, daß die wirtschaftlichen Verbände der Zementindustrie Millionen aufwenden, um stillgelegte Zementfabriken dafür zu entschädigen, und ferner Abschlagssummen an Kapitalisten zahlen, damit diese die Errichtung neuer Zementfabriken unterlassen. Während sich in früheren Jahren eine scharfe Konkurrenz unter den Baustoffherzeugern bemerkbar machte, steht seit Beginn des Krieges fast die gesamte Erzeugung unter der strengen Aufsicht von Konzernen, Ringen und Syndikaten, deren Aufgabe es ist, allen angeschlossenen Unternehmungen einen möglichst hohen Gewinn zu gewährleisten. Da es sich dabei nicht immer um gleich gut entwickelte Betriebe handelt, wird bei Festsetzung der Preise auch auf die am ungünstigsten arbeitenden Werke Rücksicht genommen. Dadurch ist es auch möglich gewesen, daß Werke, die kaum mehr als 20 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausnutzen, erhebliche Gewinne machen und im Jahre 1919 sogar Dividenden bis zu 25 Prozent auszahlen konnten. Würden nun, wie Kaufmann meint, die besten Fabriken in ihrer vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzt, so wäre ein bedeutend billigerer Herstellung des Zements möglich.

Die auf diese Weise künstlich verteuerten Baumaterialien werden noch erheblich weiter gesteigert durch den immer umfangreicher werdenden Zwischenhandel. Es lagen noch immer Kleinmengen Baumaterial auf den Plätzen kapitalkräftiger Besitzer, die auf eine kommende Hochkonjunktur warten, um ihr Geschäft zu machen.

Aus alledem erseht man, wie notwendig es ist, daß das Bauwesen planmäßig organisiert werden, daß an die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft die Gemeinwirtschaft treten muß, die allein den Aufbau ermöglicht.

Auch in der Ziegelwirtschaft werden die gleichen Wucherpreise gefordert. So werden heute für 1000 Stück Ziegelsteine 330 bis 390 M. verlangt. Daß das Wucherpreise sind, weiß Kaufmann in seinen Berechnungen nach. Bei rationeller Ausnutzung aller Fabrikationsmöglichkeiten läßt sich der Preis für 1000 Stück auf 165 M. herabsetzen. Kaufmann kommt zu diesem Einheitspreis, da, wie er schreibt, die Selbstkosten bei der Ziegelherstellung zum größten Teil aus Arbeitslöhnen bestehen. Diese sind aber nur um das Achtfache der Friedenslöhne gestiegen. Im Jahre 1914 betrug der Selbstkostenpreis für 1000 Steine noch 15 M., so daß bei achtfacher Steigerung der Löhne 120 M. als jetziger Selbstkostenpreis gelten müßte. Dazu kommen die Kosten für Brennmaterial. Sie haben die Friedenshöhe 16 mal überschritten und danach würde sich — für 200 Kilogramm — ein etwa um 50 M. höherer Ziegelpreis ergeben. Das wären insgesamt 170 M., also die Hälfte des gegenwärtigen Tagespreises. Wenn man dann noch damit rechnet, daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaues alsbald erfolgen muß, könnte noch eine weitere Verbilligung in der Herstellung erreicht werden, indem dem gemeinwirtschaftlich betriebenen Wohnungsbau Vorzugspreise eingeräumt werden würden.

Da von den Ziegelstingen nicht erwartet werden kann, daß sie freiwillig den Einheitspreis herabsetzen, andererseits aber ein Bauprogramm, wie es Kaufmann vorschlägt, nur durchgeführt werden kann, wenn alle Baustoffe bei einwandfreier Beschaffenheit zu niedrigen Preisen hergestellt werden, bezeichnet Kaufmann

als den einzigen Ausweg der Enteignung der notwendigen Ziegeleien und Zementfabriken und Schaffung einer gemeinwirtschaftlichen Form in der Art eines Zwangsindikats unter weitgehender Mitwirkung der Arbeitnehmer und Verbraucher.

Ähnlich wie in der Ziegelwirtschaft schildert Kaufmann die Verhältnisse bei allen anderen Erzeugerbetrieben für Baumaterial, insbesondere auf dem Holzmarkt, bei der Eisenherstellung, Farbe- und Glasfabrikation. Auch die hierfür in Frage kommenden Unternehmungen will er auf gleiche oder ähnliche Weise zwangsweise zusammenschließen, um so die Betriebsfähigkeit für die Zwecke des Bauprogramms zu sichern.

Für die Finanzierung des Bauprogramms veranschlagt Kaufmann etwa 118 Milliarden und schlägt für die Beschaffung dieser gewaltigen Summe eine Reichsbauanleihe als Zwangsanleihe vor, deren Einzelheiten noch der genauen sachmännlichen Prüfung bedürfen. Als Gegenwert stände der Anleihe der Mietwert der Wohnungen gegenüber, der nach Durchführung des Programms jährlich über eine Milliarde beträgt. Weiter läme hinzu, daß das Reich nicht unerhebliche Summen an Arbeitslosenunterstützung ersparen würde.

Man sieht aus alledem die Notwendigkeit der gemeinwirtschaftlichen Organisation des Bauwesens. Auf dieser Grundlage, die von den Arbeiter- und Angestelltenverbänden der Bauindustrie bereits vorbereitet wird, ist eine Gründung allein möglich. Ein Vorschlag hierzu ist vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den an dieser Frage interessierten Gewerkschaften ausgearbeitet. Die Bewirtschaftung der Baustoffe soll einer Reichsbauoffiziersgemeinschaft übertragen werden, die aus Arbeitnehmern aus den Baustoff erzeugenden Industrien und aus Vertretern der Baustoffherzeuger und -händler bestehen soll. Ihm soll insbesondere das Recht zustehen: 1. Erwerb und Enteignung von Baustoffbetrieben, sowie von Baustoff-, Roh- und Fertigfabrikaten, 2. Kontrolle über Ein- und Ausfuhr von Baustoffen, 3. Festsetzung von Höchstpreisen, 4. Abschluß von Zwangslieferungsverträgen und Bildung von Zwangslieferungsstellen, 5. Kohlenverteilung an die Baustoffherzeugungsbetriebe, 6. Produktionsausgleich zwischen den bezugsfähigen Baustoffmärkten und Absatzgebieten, 7. Erhebung von Abgaben, vorzunehmen.

Es ist eine der dringendsten Forderungen der Zeit, daß sich die Gesetzgebung in größter Eile diesem Gebiet zuwendet und in Gemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen ans Werk geht. Die Not des Volkes kann ein längeres Hinhalten des gegenwärtigen unerträglichen Zustandes nicht mehr dulden.

## Gewerkschaftliches

### Rundschreiben an alle Betriebsräte des A. E. G.-Konzerns

Die letzten Ereignisse in den Betrieben unseres Konzerns machen es uns zur Pflicht, allen arbeitnehmenden Kollegen erneut den Beschluß des Gesamtbetriebsrats vom 21. März 1921 ins Gedächtnis zu rufen. Er lautet:

„Aktionen jeder Art sind vor ihrer Ausführung dem Gesamtbetriebsrat vorzulegen.“

Kollegen! Laßt Euch nicht irreführen, sondern folgt den Beschlüssen Eurer selbstgewählten Funktionäre. Nur diese können ermessen, auf welche Art Arbeitslosigkeit und weiteres Unheil von Euch ferngehalten wird.

Berlin, den 30. März 1921. Der Gesamtbetriebsrat. J. A. Koch.

### Das Problem der Kurzarbeit

Ueber diese aktuelle Frage ließ sich im Korrespondenzblatt Nr. 11 der rechtssozialistische Volkswirtschaftler Dr. Alfred Striemer aus und versuchte auf seine Art dieses Problem zu lösen. Wie er das anstellt, wollen wir in Kürze wiedergeben: Wirtschaftstheorien dürfen vor allem — nach Striemer — nicht mit dem Gefühl beantwortet werden. „Entscheidend für den Pulsschlag der Wirtschaft und für den Anteil jedes Volksgenossen ist die Höhe der Warenpreise.“ Striemer stellt fünf Forderungen für seine so furchtbar einfache Idee auf und bemerkt, daß sozialpolitische Bedenken gegenüber wirtschaftlichen Notwendigkeiten zurücktreten müssen. Die Einstellung von Arbeitslosen würde wohl „eine sehr bedeutende moralische Wirkung ausüben“, aber der Zweck der Arbeitsstredung über „wirtschaftlich einen höchst ungünstigen Einfluß aus“, denn die Furcht seitens der Arbeiter, noch länger arbeiten zu müssen, drückt die Arbeitsleistung derselben erheblich herab. Die Kurzarbeit bringe eine augenblickliche Hilfe nur denen, die in größter Not sich befinden, bedeute aber einen „Rückschritt“, der uns in noch schwerere Verhältnisse bringen kann.“ Soweit Striemer in seinem äußerst ansehnlichen Aufsatz.

In der darauffolgenden Nr. 12 des Korrespondenzblattes kommt Paul Umbreit auf das Ei des Kolumbus, das Striemer legte, zurück. Die Frage der Kurzarbeit ist in erster Linie eine soziale Frage und die sozialpolitischen Interessen sind als die wichtigeren anzusehen und „wirtschaftliche nachteilige Folgen müßten um der ersteren willen in Kauf genommen werden“. Der Zweck der Sozialpolitik ist, rechtzeitig einzugreifen, geeignete Maßnahmen zu treffen und einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Wenn die Kurzarbeit nachteilig auf die Arbeitsleistung gewesen sein soll, „wie der Verfasser der höchsten Arbeitsleistung annimmt“, so lag es nicht an den Arbeitern, sondern an der Organisation der Arbeit. Es muß vermieden werden, zwei Klassenklassen, Dauerbeschäftigte und Dauerarbeitslose zu schaffen. Das Gemeinwohl des ganzen Volkes darf nicht auf Kosten eines Volksteiles durchgesetzt werden. Einem geschwächten Organismus darf man überhaupt keine Höchstleistungen zumuten und man kann nicht „daran denken, einen wesentlichen Teil des Volkstörpers zu amputieren und den anderen verbliebenen Teil in die Arbeit einzupflanzen“. Denn dies würde die Katastrophe bedeuten. Und Umbreit schließt mit folgendem Satz: „Mögen alle unsere führenden Volkswirtschaftler nicht unsozialer sein, als die am meisten betroffene Arbeiterschaft selbst, sondern mit uns dahin wirken, die Arbeit

gerecht zu verteilen, und so zu organisieren, daß die Volkswirtschaft dabei gedeiht.“

Umbreit hebt aber vor allem hervor, daß die Kurzarbeit ein Opfer der Arbeiterschaft darstellt, ein Opfer, das die Kurzarbeiter sowohl ihrer Solidarität gegenüber der gesamten Arbeiterklasse bringen, wie ein Opfer für das gesamte Wirtschaftsleben.

Im allgemeinen können wir der Auffassung von Umbreit zustimmen. Hervorzuheben wäre aber noch, daß Herr Dr. Striemer, der sehr gemäßigter Rechtssozialist, mit seiner Methode ganz eng an die Seite der Kommunisten rückt. Auch sie verurteilen die Kurzarbeit, und mehrfach haben sie den Versuch gemacht, die Einführung von Kurzarbeit mit bloßwichtigen Aktionen, bestehend in der Besetzung der Betriebe zu beantworten. Wenn die Kommunisten auch aus anderen Gründen zu ihrer Auffassung kommen als Dr. Striemer, so sind die Wirkungen doch in beiden Fällen gleich. Die Nachteile der Teilung der Arbeiterschaft in eine Hälfte der Vollbeschäftigten und in eine andere Hälfte von Dauer-Arbeitslosen, auf die auch Umbreit hingewiesen hat, sind ungemein groß. Die Teilung muß die Solidarität unter der Arbeiterschaft vollkommen zerstören, die Arbeiterschaft in zwei einander feindliche Gruppen spalten und das Klassenbewußtsein vollends in leeren Dunst auflösen. Die Wirkungen der kommunistischen Propaganda zeigen sich schon daran, daß in der Tat in einzelnen Fällen ein starker Gegensatz der Arbeitslosen zu den Arbeitenden zutage trat. Darum ist es notwendig, daß die Kurzarbeiter der gesamten Arbeiterklasse dieses Opfer der Solidarität bringen, um die Klassen-solidarität der Arbeiterschaft damit selbst zu erhalten.

Wenn die Not der Kurzarbeiter außerdem ein gewaltiges Opfer für die Gesamtwirtschaft darstellt, so ist es auch die Pflicht der Gesamtheit, vor allem aber der Unternehmer, einen großen Teil dieser Last auf sich zu nehmen. Darum ist die vom A. D. G. B. aufgestellte Forderung von neuem in Erinnerung zu bringen, daß zwei Drittel des durch Kurzarbeit ausgefallenen Arbeitslohnes von den Unternehmern zu erlegen sind.

Seit der Veröffentlichung dieser Forderungen des Gewerkschaftsbundes hat die Öffentlichkeit nichts mehr von dieser Angelegenheit gehört. Wir benutzen diese Gelegenheit, um einmal anzufragen, was der A. D. G. B. inzwischen zur Erfüllung seiner Forderungen getan hat, und was er weiter zu diesem Zwecke zu tun gedenkt. Nachdem Paul Umbreit selbst dem gewiß wichtigen Problem so große Aufmerksamkeit und soviel Raum seines Organes widmet, wird vielleicht auch einmal Raum und Zeit zur Verfügung sein, um die Arbeiterschaft über den Fortgang dieser Dinge zu unterrichten.

Aber auch an die durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit muß erinnert werden. Der Achtstundentag muß zunächst in eine vierundvierzigstundenswoche ausmünden, die bereits in vielen Berufen in den Vereinigten Staaten, und neuerdings durch auch in Australien in der Schwerindustrie durchgeführt wird. Wenn notwendig, muß die Arbeit Jugendlicher vor allem beschränkt und die Arbeitszeit allgemein herabgesetzt werden. Vor allem aber ist dem Streben der Unternehmer nach Beseitigung des Achtstundentages der größte Widerstand entgegenzusetzen.

### Friedhofsarbeiterstreik

Die streikenden Friedhofsarbeiter Groß-Berlins tagten am Donnerstag in Schul' Festhölle am Königsgraben, um den Bericht über den Stand des Streiks entgegenzunehmen. Der Berichterstatter schilderte ausführlich den Verlauf der ersten Streikwoche. Nachdem sich 95 Prozent aller auf den Friedhöfen Beschäftigten für den Streik ausgesprochen haben, kann berichtet werden, daß diese auch reaktionlos und geschlossen den Kampf aufgenommen haben. Da die Herren Geistlichen der Kirchengemeinden sich bisher noch nicht bereit gefunden haben, mit den Friedhofsarbeitern Verhandlungen zur Beilegung des Streiks einzuleiten, so sind wir gezwungen, den Kampf mit den schärfsten Mitteln weiterzuführen. Das Eingreifen der Technischen Röhre auf einzelnen Friedhöfen stärkt unsere Kollegen nur das Rückgrat und sind sämtliche Streikende gewillt, durchzuhalten bis ihre gerechten Forderungen erfüllt sind.

### Der Streik der Handelshilfsarbeiter

Der Streik in den Kauf- und Warenhäusern und Spezialgeschäften dauert unverändert weiter. Die Arbeitgeber rechneten bestimmt damit, daß am Donnerstag, den 24. März, eine große Anzahl Streikender sich wieder zur Arbeit melden werden, weil in den Kündigungsschreiben die trübselige Entlassung angedroht ist, falls die Arbeit nicht bis zum 24. d. M. aufgenommen wird. Die Streikenden haben sich aber auch durch dieses Mittel der Arbeitgeber nicht beunruhigen lassen, sie sind vielmehr fest entschlossen, den Kampf bis zum Erfolg durchzuführen. Mit welcher Erbitterung und Energie der Kampf geführt wird, zeigt am deutlichsten, daß viele von den Streikenden 30 Jahre und länger, in einem Fall sogar 50 Jahre, bei den Firmen beschäftigt sind und trotz der Androhung der trübseligen Entlassung sich nicht beängstigen ließen. Ja, geradezu musterhaft stehen die 600 Streikenden der Firmen K. Herzog und K. Jorale, von denen fast die Hälfte über 20 Jahre in den Betrieben beschäftigt sind. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch abgelehnt, die Arbeitnehmern dagegen angenommen. Vor den einzelnen Kauf- und Warenhäusern sind Streikposten aufgestellt, die das launische Publikum auf den Streik aufmerksam machen. Zu irgendwelchen Sitzungen ist es bisher noch nicht gekommen. Die Arbeitgeber haben durch Annoncen in den Zeitungen und auf den Arbeiternachweilen Arbeitskräfte, denen sie bis 300 M. pro Woche anbieten! Ein Beweis, daß sie wohl in der Lage sind, höhere Löhne zu zahlen; haben sich doch die Streikenden nach Abzug der Steuerbeträge bisher durchschnittlich mit der Hälfte begnügen müssen. Bei einigen größeren Firmen ist am Sonnabend, nachdem eine Verständigung erzielt wurde, die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen worden. Man rechnet, daß die Bewegung in den nächsten Tagen noch einen größeren Umfang annehmen wird, da am 31. März der Tarifvertrag der kaufmännischen Angestellten abläuft.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kalkb. Berlin. Verantwortlich für den Verlagsbetrieb: Rudolf Kowalewski, Berlin. — Verlags-gesellschaft „Arbeit“ e. V. o. B. Berlin. — Druck bei Verlags-Druckerei G. m. b. H., Berlin S. 2, Breite Str. 50.

**Kukirol**  
besitzt einen schmerzstillenden und schmerzlos wirkenden Wirkstoff.  
Hühneraugen  
Hornhautschwächen & Wunden  
In Apotheken & Drogerien erhältlich.

# TRADITION

## PROBLEM

Garantiert erste Qualität

